

Protokoll

| Gremium | Gemeindeversammlung |
|---|--|
| Nr./Jahr | 02/2013 |
| Datum | Montag, 2. Dezember 2013 |
| Zeit | 19:30 Uhr – 20:25 Uhr |
| Ort | Aula Oberstufenschulhaus Untere Au |
| Autor/in | Oliver Jaggi, Gemeindeschreiber |
| Vorsitz | Niklaus Röthlisberger, Gemeindepräsident |
| Stimmberechtigte | 72 Stimmberechtigte oder 1.49% von insgesamt 4'830 Stimmberechtigten |
| Gemeinderat | Andrea Erni Hänni, Peter Flury, Roland Jegerlehner, Sonja Rüeeggesser, Beat Schertenleib, Daniela Sigrist |
| Abteilungsleiter / Koordinator Bildung | Markus Gempeler, Martin Koch, Jürg Aegerter, Oliver Jaggi (Protokoll) Christoph Lehmann |
| Stimmzähler | Peter Keller, Peter Scherz |
| Medien | Heinz Schürch (Thuner Tagblatt) |
| Gäste | Lorenz Saurer (Bauverwalter-Stv.), Michel Schober (Hauswart) |
| Entschuldigt | - |

- 5 Finanzplan 2013-2018: Kenntnisnahme
- 6 Voranschlag 2014: Genehmigung
- 7 Revision Wahl- und Abstimmungsreglement: Genehmigung
- 8 Verschiedenes

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger begrüsst die Anwesenden. Er fragt, ob das Stimmrecht einer anwesenden Person bestritten wird, oder ob jemand da ist, der kein Stimmrecht hat. Dies ist nicht der Fall bzw. diese Personen sitzen bereits am separaten Gäste-Tisch.

Die heutige Versammlung wurde vorschriftsgemäss im Amtsanzeiger vom 31. Oktober 2013 publiziert. Die Botschaft wurde in alle Haushalte verteilt. Sämtliche Unterlagen konnten bei der Gemeindeverwaltung bezogen oder teilweise unter www.heimberg.ch heruntergeladen werden.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 24. Juni 2013 wurde vorschriftsgemäss aufgelegt und vom Gemeinderat anschliessend genehmigt.

Die Stimmenzähler Peter Keller und Peter Scherz werden gewählt. Mit der Zeitmessung wird die Vizepräsidentin Andrea Erni Hänni beauftragt.

Die Botschaft und die Folien-Präsentation sind integrierender Bestandteil des Protokolls.

Die Reihenfolge der Traktanden wird nicht bestritten.

Finanzplan 2013-2018: Kenntnisnahme

8.201 Finanz-/Investitionsplanung

Ausgangslage

Gemeinderat Peter Flury erläutert den Finanzplan 2013-2018, der einen Ueberblick gibt über die mutmassliche Entwicklung des Finanzhaushalts. Dem Gemeinderat dient er als flexibles Führungsinstrument. Im Finanzplan sind grosse Investitionen vorgesehen wie z. B. Busversuchsbetrieb ab Dezember 2014, Erweiterung Schulhaus mit Tagesschule, Erweiterung und Sanierung der Aula, polysportives Kunstrasenspielfeld und Mehrfachhalle. In den Legislaturzielen des Gemeinderats ist festgehalten, dass eine massvolle Erhöhung der Fremdverschuldung erlaubt ist und dass das Eigenkapital mindestens 3 Mio. Franken betragen soll. Sofern alles wie geplant realisiert wird, ist bis zum Ende der Planungsperiode (2018) mit einem Anstieg der Schulden auf ca. 23.5 Mio. Franken zu rechnen. Dies wird vom Gemeinderat als akzeptabel bezeichnet; muss aber im Auge behalten werden. Gleichzeitig wird das Eigenkapital von heute 9,6 Mio. Franken auf rund 6 Mio. Franken sinken. Die Aufnahme der Investitionen im Finanzplan ist noch keine Kreditfreigabe. Im Finanzplan wurde durchwegs mit einer Steueranlage von 1.50 Einheiten gerechnet. Abschreibungen, Zinsen und Folgebetriebskosten von 1.9 Mio. Franken entsprechen 2.12 Steueranlagezehnteln. Die Anlageplanung wird an einer Sonderklausur im Februar 2014 neu diskutiert werden.

Er bittet die Stimmberechtigten, den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger ergänzt, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass das Geld gut investiert wird.

Antrag

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2013-2018 zur Kenntnis.

Beratung

Keine Wortmeldung.

Abstimmung

Kenntnis genommen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2013-2018 zur Kenntnis.

Verteiler:

Alle AL

Voranschlag 2014: Genehmigung

8.211 Voranschläge

Ausgangslage

Gemeinderat Peter Flury erläutert den Voranschlag 2014. Dieser rechnet bei Aufwendungen von 28'152'625.00 Franken und einem Ertrag von 27'892'670.00 Franken mit einem Aufwandüberschuss von 259'955.00 Franken. Der Aufwandüberschuss ist durch das Eigenkapital gedeckt. Beim Wasser und Abwasser stehen hohe Investitionen an. Die Folgekosten davon werden die Laufende Rechnung stark belasten. Zinspflichtiges Fremdkapital muss eingekauft werden. Die eigenen flüssigen Mittel werden sinken. Der Lastenanteil netto pro Einwohner/in im 2009 wird von Fr. 411.51 auf Fr. 692.80 im Jahr 2014 ansteigen.

Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1.50 Einheiten. Hervorzuheben ist insbesondere die Zunahme der eigenen Beiträge gegenüber dem Voranschlag 2013. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Uebernahme von Aufgaben durch den Kanton gemäss FILAG 2012 den Gemeindeanteil für neue Aufgabenteilung um Fr. 225'000.00 ansteigen lässt. Auch die Unterstützungen (wirtschaftliche Sozialhilfe) nehmen um Fr. 150'000.00 zu. Die Gebührenansätze werden der Teuerung gemäss den Reglementen angepasst.

Er bittet dem Voranschlag 2014 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Antrag

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Im Jahr 2014 folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1.50-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes
 - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.20 Promille der amtlichen Werte
2. Den Voranschlag nach harmonisiertem Rechnungsmodell (HRM1) mit einem Aufwandüberschuss von 259'955.00 Franken für das Jahr 2014 zu genehmigen.

Beratung

Keine Wortmeldung.

Abstimmung

Einstimmig.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Im Jahr 2014 folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1.50-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes
 - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.20 Promille der amtlichen Werte
2. Den Voranschlag nach harmonisiertem Rechnungsmodell (HRM1) mit einem Aufwandüberschuss von 259'955.00 Franken für das Jahr 2014 zu genehmigen.

Verteiler:

Alle AL

Revision Reglement über Abstimmungen und Wahlen

1.12 Gemeindereglemente

Ausgangslage

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger stellt die Revision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen vor. Das aktuelle Reglement stammt aus dem Jahr 2000 und wurde bereits einmal revidiert (2008). Das neue Wahl- und Abstimmungsreglement soll per 1. Januar 2014 in Kraft treten. Die Revision bedarf der Genehmigung durch das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung. Die vorliegende Totalrevision ist aus rechtlicher Sicht nötig, damit insbesondere die Reglemente wie die Gemeindeverfassung und das Reglement über Abstimmungen und Wahlen wieder übereinstimmen. Zudem wurden insbesondere anlässlich der letzten Gemeindewahlen 2012 verschiedene Schwachstellen im Reglement erkannt, welche mit der Revision behoben werden.

Das Vernehmlassungsverfahren bei den politischen Parteien wurde im Sommer 2013 durchgeführt. Dabei wurden keine Aenderungswünsche von den Parteien beantragt. Das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung beurteilte am 17. September 2013 die Totalrevision als rechtmässig und damit als genehmigungsfähig.

Niklaus Röthlisberger informiert die Stimmberechtigten über die wesentlichsten Neuerungen an Hand der Folienpräsentation. Diese bildet integrierender Bestandteil dieses Protokolls. Weitere Gründe, die zur Revision führten, sind auf S. 25 der Botschaft ersichtlich.

Beratung

Jürg Germann, Co-Präsident Grüne Heimberg, dankt für die Revisionsarbeit. Vor gut einem Jahr wurden die Gemeindewahlen am Parteien-Treffen diskutiert. Die Grünen verschafften sich Luft, weil eine Partei den Gemeindebeitrag erhielt, ohne selber an den Wahlen teilgenommen zu haben. Den Grünen war es ein wichtiges Anliegen, dies für die Zukunft sauber zu klären. Er ist sehr froh, dass mit dem neuen Reglement jetzt Klarheit besteht und die Bestimmungen ins Reglement aufgenommen wurden.

Roland Hügli, Mitglied Stimm- und Wahlausschuss, hält bei dieser Gelegenheit fest, dass es ihm zu denken gibt, dass in Heimberg immer noch drei Wahllokale betrieben werden. Teils werden die Lokale noch von 17-20 Personen pro Wahlgang benutzt. Die Streichung eines Wahllokals würde den Aufwand verringern und etwas Kosten einsparen. Der Betrieb eines Wahllokals in der Gemeindeverwaltung würde das ganze effizienter machen.

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger kennt dieses Ansinnen. Der Gemeinderat möchte die Ortsteile (Quartiere) gleichberechtigt haben, so insbesondere auch das Kaliforni. Sollten aber noch weniger Stimmberechtigte das Wahllokal benützen, würde das Thema sicher nochmals überdenkt werden können. Es dürfte jedoch heikel sein, etwas so Traditionelles einfach zu streichen.

Antrag

Die Gemeindeversammlung genehmigt die Totalrevision 2013 des Reglements über Abstimmungen und Wahlen und setzt das neue Wahl- und Abstimmungsreglement – unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung – per 1. Januar 2014 in Kraft.

Abstimmung

Einstimmig.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung genehmigt die Totalrevision 2013 des Reglements über Abstimmungen und Wahlen und setzt das neue Wahl- und Abstimmungsreglement – unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung – per 1. Januar 2014 in Kraft.

Verteiler:

Alle AL

AGR (Genehmigungsverfahren)

Verschiedenes

1.300 Gemeindeversammlung
1.461 Informationen

1. Polizeikontrollen Niesenstrasse

Florian Conrad weist auf die Gefahr für Velofahrer (Schüler) bei der Niesenstrasse hin. Trotz Handzeichen fürs Linksabbiegen zur Unterführung werden die Schüler von Autos mit hoher Geschwindigkeit noch überholt. Für ihn ist diese Situation nicht zum Zuschauen. Er möchte, dass dort polizeiliche Kontrollen durchgeführt werden. Die Kosten für die Kontrolle wären immer noch billiger als wenn ein Unfall passiert.

Gemeinderat Peter Flury kennt das Problem als hauptberuflicher Kantonspolizist. Kontrollmessungen sind in der Regel auch eine Ressourcenfrage. Eine gute Möglichkeit ist jeweils das Visispeed-Gerät aufzustellen und verdeckt oder eingeblendet zu messen. Gestützt auf diese Messresultate kann beim technischen Dienst der Kantonspolizei ein Gesuch für Kontrollen gestellt werden. Die Polizei wird dann prüfen, ob Kontrollen im Rahmen des Gebietsupdates möglich sind. Kontrollen werden jedoch nur gemacht, wenn der sogenannte V85 überschritten ist. Das heisst, wenn 85% der gemessenen Fahrzeuge innerhalb der erlaubten Geschwindigkeitslimite fahren, erfolgen keine Radarkontrollen. Wird der V85 überschritten, müssen zuerst bauliche Massnahmen geprüft werden. Vorderhand können Kontrollmessungen mit dem Visispeed-Gerät gemacht werden.

Florian Conrad bekräftigt nochmals sein vorheriges Votum, dass Schüler trotz Handzeichen von zu schnellfahrenden Autos überholt werden. Das Visispeed-Gerät bezeichnet er als Spielzeug.

Peter Flury appelliert an den gesunden Menschenverstand, obwohl dieser leider oftmals nicht für alle gleich ist. Oftmals ist das Empfinden von zu schnellfahrenden Fahrzeugen subjektiv. Zuerst sind Messungen mit dem Visispeed-Gerät nötig, bevor überhaupt Radarkontrollen beantragt werden können.

Roland Hügli nervt sich über Velofahrer, welche insbesondere auch auf der Schützenstrasse zum CIS zu dritt nebeneinander fahren. An der Schützenstrasse könnte das Visispeed-Gerät auch aufgestellt werden. Zudem weist er auf die grosse Unfallgefahr bei der Ausfahrt Dornhaldestrasse in die Bernstrasse hin. Dort geben viele Autofahrer ab dem Fussgängerstreifen Vollgas. Es dürfte ein Glück sein, dass dort nicht Unfälle passieren. Er ist nicht Freund von Polizeikontrollen, aber bei der Schützenstrasse, Alpenstrasse und dem generell 50km/h Ausgangs Dornhalde könnten wirklich einmal Radarmessungen erfolgen.

Der Gemeindepräsident schliesst das Thema ab, indem er sagt, dass die Gemeinde leider nicht selber Radarkontrollen durchführen und die Bussen einkassieren kann.

2. Busversuchsbetrieb Heimberg

Gérard Schüler, politisch neutral, stellt erfreut fest, dass der neu zusammengesetzte Gemeinderat gut funktioniert. Er freut sich auf Zopf, Wein und O-Saft am Schluss dieser Versammlung. Aber vorher möchte er noch wissen, wie es mit dem Busversuch steht. Er ärgert sich noch heute, dass er an der damaligen Gemeindeversammlung nicht eine Nachzählung verlangte. Mittlerweile hört er das Gerücht, dass der Busversuch gestorben sei.

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger hält fest, dass dieses Gerücht falsch ist. Der Gemeinderat will am Busversuch festhalten. Im Moment muss davon ausgegangen werden, dass die Subventionen tiefer ausfallen und das Fahrangebot gekürzt werden. Am 5. Dezember findet

erneut eine Sitzung mit Kantonsvertretern statt. Im Frühling 2014 sollte dann der Regierungsrat entscheiden können.

3. Anlageplanung

Markus Hunziker, EVP, dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit. Es ist für ihn ein wichtiger Schritt, dass der Gemeinderat im Frühjahr in Klausur gehen wird, um nochmals über die Anlageplanung zu diskutieren. Mit Verweis auf die demografische Entwicklung bittet er den Gemeinderat, nicht zu schnell zu grosse Investitionen zu tätigen. Vielmehr sollten längerfristig Lösungen gefunden werden, die nicht übers Ziel hinausschiessen.

4. Parkgebühren Bahnhof und öffentliches WC

Hans Mosimann möchte wissen, warum das Parkieren beim Bahnhof Heimberg Fr. 6.00 kostet und beim Bahnhof in Kiesen nur Fr. 4.00.

Weiter bedauert er, dass das mobile WC beim Fabrikweg entfernt wurde. Wo gehen die Leute jetzt hin ihr Geschäft machen? Die Gemeinde sollte einen Container oder eine WC-Anlage aufstellen, wo man auch Händewaschen kann.

Gemeinderat *Beat Schertenleib* teilt mit, dass das mobile WC in den Wintermonaten insbesondere wegen Gefriergefahr und wegen der Reinigungskosten entfernt wird. Zudem sind im Winter nicht mehr so viele Leute draussen auf dem Spielplatz anzutreffen und es wären zusätzliche wintertaugliche Installationen erforderlich.

Bei dieser Gelegenheit erklärt er, dass das Thema WC-Anlage auch noch für die Verweilose Bachmematte abschliessend zu entscheiden sein wird. Ein anderes Thema beim Betreiben einer öffentlichen WC-Anlage ist auch immer wieder der Vandalismus.

Niklaus Röthlisberger hält fest, dass die Parkgebühren bei den Bahnhöfen von der BLS festgelegt werden. Die Gemeinde kann sich zu dieser Differenz nicht äussern.

Gérard Schüler unterstützt das Votum von *Hans Mosimann* betr. WC.

Aus eigener Erfahrung weiss er, dass es eine Toilette im Migrolino gibt. Vielleicht könnte diesbezüglich die Gemeinde mit dem Migrolino etwas kombinieren. Früher hatte der Bahnvorstand (Hr. Bühlmann) den WC-Schlüssel; das war praktisch.

5. Gemeindeangestellte wohnen auswärts

Paul Mürger möchte wissen, warum von Jahr zu Jahr immer mehr Gemeindeangestellte auswärts wohnen (Gemeindeschreiber, Finanzverwalter, Bauverwalter, Hauswart, Materialwart Feuerwehr etc.). Früher waren diese verpflichtet, in Heimberg zu wohnen und da Feuerwehrdienst zu leisten.

Gemeindepräsident *Niklaus Röthlisberger* hält fest, dass es keine Wohnsitzpflicht mehr gibt. Weitere Gründe sind: erhöhte Mobilität der Menschen, Zeiterscheinung. Es wohnen dafür in Heimberg Angestellte, die in anderen Gemeinden arbeiten.

6. Billettautomat beim Bahnhof Heimberg

René Gerber ärgert sich ab der Zeitungsmeldung, dass ab 2014 die Bahnbillette nur noch an einem Automaten mit Touchscreen gekauft werden können. Als Vergewaltigung der alten Garde bezeichnet er das. Wenn es nicht anders geht, würde er auch einmal ohne gültiges Billett Zug fahren. Er liess sich schon sagen, man könne gegen diese Entwicklung nichts machen.

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger erlebte selber auch schon Situationen, bei denen er mit den Automaten überfordert war. Die BLS und Migrolino haben die Gemeinde über diesen Schritt informiert. Die Gemeinde konnte einzig aushandeln, dass das Migrolino-Personal geschult wird und beim Billettkauf am Automaten behilflich sein wird. Viele Leute kaufen heute ihr Ticket bereits per Natel und nicht mehr an einem Schalter.

Roland Hügli war Ende der 90er Jahre beteiligt an der Entwicklung von SBB-Billettautomaten. Damals hatten die Automaten noch richtige Tasten und keine Touchscreens. Die Technologie mit den Tasten ist heute veraltet. Die neuen Automaten (neuste Generation) werden wohl für die nächsten 12-15 Jahre bestehen bleiben. Später dürften wohl Automaten mit Sprachsteuerung auf den Markt kommen.

7. Fahrverbot Töpferweg

Marc Luginbühl, wohnhaft am Töpferweg 36, informiert über die Missachtung des Fahrverbots am Töpferweg. Bis zu 30 Autos pro Stunde fahren durch das Fahrverbot. Vor 2 Jahren trat er schriftlich bei der Gemeinde an. Es folgte ein Gespräch mit dem damaligen Bauverwalter Börner und dem Gemeindeschreiber Jaggi. Eine saubere Lösung anzuvizieren sollte das Ziel sein. Seit 20 Jahren besteht z. B. für die Liegenschaft, in welcher er wohnt, eine Sonderbewilligung. Er fragt sich, warum sich die Gemeinde hinter dieser 20-jährigen Sonderbewilligung versteckt. Das Verkehrschaos auf der Bernstrasse ist bekannt. Der Verkehr hat sich in den letzten 20 Jahren verändert. Auf dem Töpferweg verkehren viele Fussgänger, Kinder (Schulweg) und er ist schlecht beleuchtet. Er ärgert sich, dass dort keine Lösung in Sicht ist, die den Töpferweg für die Berechtigten sicherer macht.

Gemeinderat Beat Schertenleib antwortet, dass der Gemeinderat ursprünglich ein generelles Fahrverbot signalisieren wollte. Aufgrund der grossen Opposition aus der oberen Au wurde jedoch darauf verzichtet. Mehr polizeiliche Kontrollen wurden bereits gemacht und sind noch in Planung.

Marc Luginbühl ergänzt, dass bereits im Gespräch mit den Gemeindevertretern klar war, dass es Widerstand von Anwohnern der unteren Zugstrasse geben wird. Mit der Signalisation „Anwohner gestattet“ sind jedoch Polizeikontrollen beinahe unmöglich. Er fragt sich, warum von der Gemeinde nur eine Lösung auf dem Tisch liegt und ob das wirklich das Ziel war. Eine Zwischenlösung gab es leider bis jetzt nicht.

Beat Schertenleib weiss, dass es nicht immer einfach ist, allen alles recht zu machen.

Für *Marc Luginbühl* geht es nicht um irgendwelche Präferenzen von einzelnen Anwohnern. Der Töpferweg ist auch Schulweg, er ist schlecht beleuchtet, Mütter benützen den Weg fürs Einkaufen. Die Strasse ist 3 m breit, jetzt im Winter hat es am Rand Schneehaufen. Viele Heimberger Firmenfahrzeuge benützen den Töpferweg als Abkürzung. Die Gemeinde würde wohl rechtlich nicht haftbar gemacht werden können, aber ein schlechtes Gewissen müsste sie wohl haben, wenn etwas passieren würde.

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger hält abschliessend fest, dass dieses Thema nicht einfach zu lösen ist. Der Gemeinderat müsste sich allenfalls nochmals Gedanken zu diesem Thema machen.

8. Bauverwaltung

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger begrüsst den neuen Bauverwalter Jürg Aegerter. Dieser wird mit Applaus begrüsst. Aegerter war bisher Bauverwalter in Frutigen.

Lorenz Saurer, Bauverwalter-Stv., wird bei dieser Gelegenheit für seine Arbeit und die Ueberbrückung gedankt.

9. Danksagungen

9.1 Gemeinderat

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger bedankt sich herzlich bei seinen Ratskolleginnen und -kollegen für die gute und intensive Zusammenarbeit im 2013. Er dankt fürs Vertrauen der Bevölkerung. Die Danksagungen werden mit Applaus unterstützt.

9.2 Kommissionen

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger dankt allen Kommissionsmitgliedern für die geleistete und wertvolle Arbeit im zu Ende gehenden Jahr.

9.3 Gemeindepräsident

Andrea Erni Hänni, Vizepräsidentin, dankt dem Gemeindepräsidenten für seine grosse Arbeit auch im 2013 und wünscht ihm für das neue Jahr alles Gute und viel Erfolg. Die Danksagung wird mit Applaus unterstützt.

9.4 Mikrofon- und Apéro-Service

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger dankt den Hauswarten Michel Schober und Toni Reichen für die Begleitung der Versammlung und Anita Peter für den Apéro-Service.

Im Anschluss an die Versammlung sind die Teilnehmenden herzlich zu Zopf und Wein eingeladen.

Gemeindeversammlung Heimberg



Niklaus Röthlisberger
Gemeindepräsident

Oliver Jaggi
Gemeindeschreiber

Genehmigung

Das Protokoll der Gemeindeversammlung von Montag, 2. Dezember 2013 lag 14 Tage nach der Versammlung während 20 Tagen bei der Gemeindeverwaltung Heimberg öffentlich auf. Einsprachen sind keine eingetroffen. Das Protokoll wird gemäss Art. 20 des Wahl- und Abstimmungsreglements genehmigt.

Heimberg, 13. Januar 2014

Gemeinderat Heimberg

Niklaus Röthlisberger
Gemeindepräsident

Oliver Jaggi
Gemeindeschreiber